

US-Wahlen 2024: Trumps Zölle bedrohen deutsche Exportwirtschaft

Donald Trumps Handelsmaßnahmen drohen der deutschen Wirtschaft vor der US-Wahl massive Verluste. Experten warnen vor Zöllen und Marktfolgen.

Die deutsche Wirtschaft beobachtet mit großer Sorge die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA. Besonders Donald Trumps Ankündigungen zu seiner Handelspolitik werfen Fragen auf, die weitreichende Folgen für zahlreiche Unternehmen haben könnten. Die angestrebten Zölle und Maßnahmen könnten die Wettbewerbsfähigkeit von vielen deutschen Firmen erheblich beeinflussen und auf die internationalen Handelsbeziehungen einen Schatten werfen.

Donald Trump, bekannt für seine „Make America great again“-Kampagne, hat schon in der Vergangenheit aggressive wirtschaftspolitische Schritte eingeleitet, die sich gegen ausländische Konkurrenz richteten. Zölle auf Importe von Stahl und Aluminium waren lediglich der Anfang. Im Vorfeld der Wahl 2024 hat Trump seine Vorschläge um ein neues Zollregime erweitert, das die Lage für die exportorientierte deutsche Wirtschaft weiter verschärfen könnte. Der Ausgang des Wettkampfs zwischen Trump und seiner Herausforderin Kamala Harris ist für viele Unternehmen entscheidend.

Drastische Maßnahmen könnten drohen

Laut Donald Trumps neuem Wahlprogramm sollen Basiszölle für aus dem Ausland hergestellte Waren eingeführt werden, mindestens in Höhe von zehn Prozent. Dies dürfte vor allem

deutsche Unternehmen massiv treffen, die ihre Produkte in die USA exportieren. Eine aktuelle Analyse des Verbands der Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) hat ergeben, dass die neuen Zölle potenziell einen Verlust von bis zu 150 Milliarden Euro für die deutsche Wirtschaft verursachen könnten. Der DIHK sieht die Entwicklung ebenfalls kritisch. Außenwirtschaftschef Volker Treier warnt vor einem „herben Rückschlag“ für die exportorientierte Industrie.

Besonders betroffen wären traditionelle Exportsäulen wie die Automobilindustrie, Maschinenbau und die Pharmawirtschaft. Diese Branchen sind stark auf den US-Markt angewiesen und müssen damit rechnen, dass ihre Produkte durch die Zölle teurer werden. Treier erinnert daran, dass das Inflationsrisiko in den USA steigen könnte, falls Unternehmen die Erhöhung der Zölle an die Verbraucher weitergeben müssten.

Vorgehensweisen zur Risikominimierung

In Anbetracht dieser Herausforderungen empfiehlt Treier den betroffenen Unternehmen, lokale Partnerschaften einzugehen und möglicherweise Produktionsstätten in den USA zu prüfen. Dabei müsse jedoch der Standort Deutschland nicht vernachlässigt werden. Diversifizierung von Absatzmärkten und das Prüfen von Lieferketten seien in diesen geopolitischen Zeiten entscheidend, um auf Pläne von Trump vorbereitet zu sein.

Unternehmen ohne die Möglichkeit, Produktion in den USA aufzubauen, sollten den Austausch mit ihren Geschäftspartnern dort suchen. Kostenteilung könnte eine Strategie sein, um bei sinkenden Margen weiterhin Geschäfte zu tätigen. Die Unsicherheit hinsichtlich der Handelsbeziehungen ist spürbar, und die deutsche Wirtschaft steht unter Druck. Auch das potentielle Verhalten von Kamala Harris als Präsidentschaftskandidatin wird mit Argwohn beäugt, da ihre Pläne, die Unternehmenssteuer von 21 auf 28 Prozent zu erhöhen, ebenfalls das wirtschaftliche Umfeld beeinflussen

könnten.

Die Sorge um die Entwicklung des deutschen Wachstums ist groß. Treier betont, dass es wichtig sei, die Risiken eines Handelsstreits zu minimieren, um die „stagnierende Wirtschaft“ nicht weiter zu belasten. Der Ruf nach fairen Handelsbedingungen wird immer lauter, während die geopolitischen Spannungen zwischen den USA und China ebenfalls eine Rolle spielen. Die deutschen Unternehmen stehen also vor neuen Herausforderungen, die sie gut vorbereiten müssen, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu wahren.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)